Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Eurobanken leiden unter faulen Krediten in Billionenhöhe
2. Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2011 bei 7,4 Millionen Menschen
3. Wolfgang Münchau – USA auf dem Weg in die Spardiktatur
4. Steuer-CDs – Schweiz legt sich mit Spanien an
5. World shipping crisis threatens German dominance as Greeks win long game
6. Fast 160.000 Rentner erhalten zu wenig Geld
7. Schlecker ist kein Einzelfall
8. Spanien: Bad Bank macht Staat zum größten Immobilienbesitzer
9. Welche führenden Banker für die Trennung sind
10. Frühstart lohnt
11. 11. Jahre Hartz. Eine Bilanz
12. 80 Percent of Public Schools Have Contracts With Coke or Pepsi
13. Schnäppchen im schwarzen Filz
14. Bolognaprozess: „Die Studienreform braucht dringend eine Kurskorrektur“
15. GEW: „Schavan muss Bologna-Gipfel einberufen“
16. Wirtschaftslobby kürt Sachsen zum Bildungssieger
17. Bild: Stimmungsmache gegen Ökostrom-Förderung
18. Das Letzte: Clement will fitte Deutsche bis 80 arbeiten lassen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Eurobanken leiden unter faulen Krediten in Billionenhöhe**
   Erst Staatsanleihen, jetzt faule Kredite: Die Krise hält Europas Banken fest im Griff. In den Bilanzen der Institute schlummern einer Studie zufolge notleidende Kredite im Rekordvolumen von mehr als einer Billion Euro. Denn viele Verbraucher, Häuslbauer und Unternehmen – insbesondere in den südeuropäischen Krisenstaaten – können ihre Darlehen nicht mehr zurückzahlen.
   Nach Berechnungen des Wirtschaftsprüfers PricewaterhouseCoopers (PwC)

standen Ende 2011 Verbindlichkeiten, die von den Schuldnern nicht fristgerecht getilgt wurden, im Nominalwert von rund 1,05 Billionen Euro in den Büchern. Das waren fast neun Prozent mehr als 2010. Von 2008 bis 2011 habe sich das Volumen praktisch verdoppelt. Vor allem die Banken in den Euro-Krisenländern Griechenland und Spanien hatten mehr Problemkredite in den Bilanzen.
Quelle: derStandard.at

Anmerkung JB: *Dies ist ein keinesfalls überraschender Nebeneffekt der Austeritätspolitik, den Ökonomen wie Paul Krugman schon lange vorhergesagt haben. Sollte Europa weiter die Konjunktur durch Austeritätspolitik schwächen, werden die zu erwartenden Kreditausfälle noch zu einem gewaltigen Problem und zu einem Politikum. Dem Volk wird es nämlich nicht weiter zu vermitteln sein, dass die Banken abermals mit Steuergeldern gerettet werden, während die säumigen Schuldner nicht too big to fail sind und in die Insolvenz geschickt werden.*

2. **Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2011 bei 7,4 Millionen Menschen**
Im Jahr 2011 wünschten sich nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung rund 7,4 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Neben 2,5 Millionen Erwerbslosen setzte sich das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2011 aus knapp 2,0 Millionen Unterbeschäftigten in Teilzeit, 1,7 Millionen Unterbeschäftigten in Vollzeit und 1,2 Millionen Personen in der Stillen Reserve zusammen.
Die einzelnen Formen des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials unterscheiden sich teilweise deutlich zwischen den Geschlechtern.
So liegt der Frauenanteil bei den knapp 2,0 Millionen Unterbeschäftigten in Teilzeit bei 72 %. Dies resultiert daraus, dass erwerbstätige Frauen deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten als erwerbstätige Männer. Gleichzeitig sind Teilzeitbeschäftigte mehr als dreimal so häufig unterbeschäftigt wie Vollzeitbeschäftigte.
Auffällig ist auch, dass teilzeitbeschäftigte Frauen im Osten mit 31,7 % mehr als doppelt so häufig unterbeschäftigt sind wie im Westen (14,3 %). Ursächlich sind hier insbesondere die unterschiedlichen Gründe für die Teilzeittätigkeit. Zu den am häufigsten genannten Gründen zählt bei den Frauen im Osten, keine Vollzeittätigkeit gefunden zu haben. Von westdeutschen Frauen hingegen wird eine Teilzeitbeschäftigung häufig aus persönlichen oder

familiären Gründen wie beispielsweise aus Kinderbetreuungsverpflichtungen heraus angenommen. Frauen äußern bei dieser Art von Teilzeitbeschäftigung seltener den Wunsch nach Mehrarbeitsstunden. In diesem Fall zählen sie nicht zu den Unterbeschäftigten.
Unterbeschäftigung bei einer Vollzeittätigkeit mit mindestens 32 Wochenstunden ist – anders als die Unterbeschäftigung der Teilzeittätigen – eine Männerdomäne. Von den 1,7 Millionen Unterbeschäftigten in Vollzeit sind knapp 73 % männlich. Dabei ist der Anteil im Westen höher als im Osten. Zu berücksichtigen ist hier, dass Unterbeschäftigte in Vollzeit ihre Arbeitszeit meist nur um wenige Stunden erhöhen wollen.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung JB: *Der Begriff „ungenutztes Arbeitskräftepotential“ hört sich menschenverachtend an. Wir haben es hier vielmehr mit 7,4 Millionen Menschen zu tun, die gerne mehr arbeiten würden, es aber nicht können oder dürfen. Und da man davon ausgehen kann, dass der größte Teil dieser Menschen nicht aus „Spaß an der Freud“ mehr arbeiten will, sondern schlicht mit dem momentanen Einkommen nicht über die Runden kommt, ist dies kein Allokationsproblem, wie die Überschrift des Statistischen Bundesamtes suggeriert, sondern ein soziales Problem. Ein wenig mehr Empathie könnte auch den Verantwortlichen des Statistischen Bundesamtes nicht schaden. Nebenbei ist diese Zahl auch ein klarer Hinweis, dass es mit dem angeblichen Fachkräftemangel nicht so weit her sein kann. Warum bieten die Unternehmen ihren aktuellen Beschäftigten sonst nicht die Möglichkeit, mehr zu arbeiten?*

3. **Wolfgang Münchau – USA auf dem Weg in die Spardiktatur**
Mitt Romneys „running mate“ Paul Ryan käme auch in Deutschland gut an. Sein radikaler Sparplan für die USA ist nicht schlimmer als Europas Fiskalpakt. Doch umsetzen lassen sich solch realitätsferne Ideen eigentlich nur in einer Diktatur. […]
Ryan ist ein Politikertypus, der auch in Deutschland seine Fans hätte. Einer, der nicht allzu kompliziert rechnet und seine ökonomischen Thesen in pseudo-moralische Kategorien einbettet. Wenn es in Amerika eine Ordnungspolitik gäbe, dann wäre Ryan ein Ordnungspolitiker. So muss er sich mit dem Prädikat eines konservativen Ideologen begnügen. Die Demokraten beschimpfen ihn als radikal, was in Amerika sowohl links als auch rechts als das schlimmste Schimpfwort überhaupt gilt. […]
Unsere europäischen Ryan-Imitatoren erscheinen an der Oberfläche weniger

extrem, sind aber letztlich nicht weniger gefährlich. Unser Versuch, Schulden durch Sparen anstatt durch Wachstum zu begrenzen, ist genauso wie Ryans Angebotsökonomie durch wirtschaftshistorische Erfahrungen widerlegt. Sparen ohne Wachstum hat genau den gegenteiligen Effekt, wie wir jetzt überall in Südeuropa erleben: Die Defizitquoten steigen. Quoten sind nun mal – mathematisch ausgedrückt – Quotienten. Eine simple Erkenntnis, die vielen Haushaltsexperten entgangen ist. Wenn das Wachstum schneller schrumpft als die Ausgaben, dann steigen die Schulden. Man kann zukünftige Schuldenquoten auch nicht auf einem Computerprogramm für Buchhalter errechnen, weil sie oft einer turbulenten Dynamik unterliegen.
Quelle: SPIEGEL Online

4. **Steuer-CDs – Schweiz legt sich mit Spanien an**
Bern will die Auslieferung des angeblichen Datendiebs Hervé Falciani aus Spanien erzwingen. Denn dessen Steuer-CDs lösten in Europa eine Welle von Verfahren aus. […]
Der Fall Falciani zieht in Europa längst weite Kreise – in den vergangenen drei Jahren hat er eine Welle von Steuerprüfungen in Frankreich, Italien und Spanien ausgelöst. Insgesamt 659 Spanier mit einem möglichen Schwarzgeldvermögen von 6 Mrd. Euro sind in Spanien ins Visier der Steuerermittler geraten – darunter auch die Bankiersfamilie Botín von der Großbank Santander.
In Frankreich sind gegen 3000 mutmaßliche Steuerhinterzieher Untersuchungen eingeleitet worden; laut Presseberichten geht es dabei um ein Vermögen von 12 Mrd. Euro. Und in Italien sind die Steuerermittler dank der Falciani-Liste rund 700 Fällen auf der Spur; Rom geht von möglichen Schwarzgeldkonten in Höhe von 5 Mrd. Euro aus. Auch Italiens Jetset ist dabei im Visier, denn auf der Falciani-Liste tauchen Prominente auf wie die Modedesigner Valentino und Renato Balestra, der Juwelier Gianni Bulgari und die Gattin von Ex-Formel-1-Manager Flavio Briatore.
Quelle: FTD

Anmerkung JB: *Hätte der spanische Staat Courage, würde er Falciani politisches Asyl anbieten. Zu diesem ungewöhnlichen Schritt griffen bereits die USA im Jahre 1998, als sie dem Schweizer Whistleblower Christoph Meili, der den US-Behörden Unterlagen zu den „nachrichtenlosen Vermögen“ der Holocaust-Opfer zur Verfügung gestellt hatte, politisches Asyl gewährten. Dies war übrigens meines Wissens der einzige Fall, in dem ein Bürger aus einem westlichen, demokratischen Land in den USA als politisch Verfolgter anerkannt*

wurde. Hervé Falciani hat dazu beigetragen, das in der EU zahlreiche schwere Straftaten aufgeklärt wurden und die Staaten einen zweistelligen Milliardenbetrag, der ihnen hinterzogen wurden, sicherstellen konnten. Der Mann hätte einen Orden verdient, ihn auszuliefern wäre inakzeptabel.

passend dazu: Steuerabkommen stoppen
Das Bündnis »Kein Freibrief für Steuerbetrüger« forderte am Mittwoch die Bundesregierung auf, das Steuerabkommen mit der Schweiz für gescheitert zu erklären:Angesichts der aktuellen Diskussion um den Kauf von Steuer-CDs fordert das Bündnis »Kein Freibrief für Steuerbetrüger« Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble auf, das Steuerabkommen mit der Schweiz endlich als gescheitert zu erklären. Bereits mehr als 93000 Menschen haben sich im Internet hinter die Forderung gestellt, das Steuerabkommen zu stoppen.
Quelle: Junge Welt

Dagegen leider: Widerstand gegen Steuerabkommen bröckelt
Noch ist unklar, ob die rot-grünen Bundesländer das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat ablehnen. Die Ablehnungsfront beginnt zu bröckeln: Zu verlockend erscheinen wohl die durch das Abkommen in Aussicht gestellten Zusatzeinnahmen…
„Alles, was jetzt öffentlich gegen das Abkommen gesagt wird, richtet sich vor allem auch an die eigenen Leute“, heißt es in einem SPD-Land. „Die Sache ist längst nicht gegessen“, lautet die Einschätzung auch auf grüner Seite. Als unsichere Kantonisten gelten vor allem Baden-Württemberg (Grüne/SPD) und Hamburg (SPD), aber auch das notorisch klamme Berlin mit seiner großen Koalition aus SPD und CDU. Für möglich wird zudem gehalten, dass die CDU-geführten großen Koalitionen (Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt) für das Abkommen stimmen können, weil sich die SPD-Vertreter in den dortigen Landesregierungen zurückhalten. Normalerweise müssen sich Länder mit Koalitionen im Bundesrat neutral verhalten…
Quelle: FR

Anmerkung unseres Lesers J.K.: *Na wer sagt es denn, auf die SPD ist doch letztendlich verlass. Wäre doch gelacht wenn es die Machpolitikerin Merkel nicht schaffen würde die Landespolitiker der SPD mit ein paar lächerlichen Milliönchen zum Umfallen zu bringen. Wie instinktlos muss man eigentlich sein um für ein paar Groschen das asoziale und kriminelle Treiben der Geldelite zu legitimieren?*

5. **World shipping crisis threatens German dominance as Greeks win long game**
   Germany's shipping industry faces a wave of bankruptcies over coming months as funding dries up and deepening economic woes across the world cause a sharp contraction in container trade.
   Over 100 German ship funds have already shut down as the long-simmering crisis in global container shipping finally comes to a head. A further 800 funds are threatened with insolvency, according to consultants TPW in Hamburg. […]
   Germany is the superpower of container shipping, controlling almost 40pc of the world market. The Germans also misread the cycle and have been struggling to cope ever since with a legacy of debt and a glut of ships. Now everything is going wrong at once.
   Container volumes arriving at European ports plunged in June, dashing expectations of a summer rebound. Imports fell 7.5pc from North America and 9pc from Asia. Flows into the Mediterranean region crashed by 16pc, reflecting the violence of the recession in Greece, Italy, Spain, and Portugal.
   Quelle: The Telegraph

   Anmerkung JB: *Ein weiterer „Kollateralschaden" der Finanz- und Eurokrise. Dass Deutschland von der Krise der Containerschifffahrt besonders betroffen ist, hat natürlich seine Gründe. Kein anderer Wirtschaftszweig wurde über Jahrzehnte hinweg derart mit Milliarden-Subventionen verwöhnt, wie die deutschen Reeder – auf Kosten der Allgemeinheit. Dass diese Blase bei einer konjunkturellen Delle platzen würde, war vorauszusehen.*

   Der abgebildete HARPEX ist ein Index für Preisentwicklungen am Chartermarkt für Containerschife.
   Auch diese Krise wird noch auf den Bankensektor zurückschlagen – weltgrößter Schiffsfinanzierer ist die norddeutsche HSH Nordbank, die im Besitz der Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein ist.

6. **Fast 160.000 Rentner erhalten zu wenig Geld**
   Fast 160.000 Rentnerinnen und Rentner haben über Jahre hinweg zu geringe Zahlungen erhalten. Nach dem aktuellen Tätigkeitsbericht des Bundesversicherungsamts (BVA) die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) und die Knappschaft-Bahn-See seit 2002 in insgesamt 9202 Fällen Kinderzuschläge nicht auf Witwenrenten angerechnet.

Darüber hinaus berücksichtigten beide überregionalen Rentenversicherungsträger die Berufsausbildungszeiten von knapp 148000 Ruheständlern nicht ausreichend. Mittlerweile seien alle fälligen Nachzahlungen erfolgt und die monatlichen Rentenbezüge angepasst, sagte der DRV-Sprecher Dirk von der Heide dieser Zeitung am Mittwoch. Für die DRV sei der Vorgang erledigt.
Quelle: Frankfurter Rundschau

7. **Schlecker ist kein Einzelfall**
   Frau Schlecker ist keine Schlecker-Frau: Während die Gattin von Anton Schlecker angesichts der drohenden Pleite vom einstigen Drogerie-Giganten mit monatlich 60 000 Euro bedacht worden sein soll (die Staatsanwaltschaft ermittelt), stehen Zehntausende Verkäuferinnen auf der Straße. Ein Blick zurück im Zorn – und nach vorn.
   Quelle: Kontext
8. **Spanien: Bad Bank macht Staat zum größten Immobilienbesitzer**
   Bad Bank macht spanischen Staat zum größten Immobilieneigentümer. Die Regierung will den Haircut für Kleinaktionäre möglichst vermeiden […]
   Doch bevor jene Hilfsgelder nach Madrid transferiert werden, muss Wirtschaftsminister Luis de Guindos noch eine Lösung für all jene finden, die in Vorteilsaktien der verstaatlichten Sparkassen investiert haben. Laut Financial Times verhandelt Spanien mit der EU-Wettbewerbskommission um eine Regelung, wie Kleinanleger vor Verlusten geschützt werden können. Demnach sollen die Kleinanleger anfänglich einen Abschlag (Haircut) von 50 bis 70 Prozent hinnehmen, anschließend sollen diese Abschläge von den Banken mit hohen Zinszahlungen über vier bis sechs Jahre vollständig ausgeglichen werden.
   Alleine Bankia hatte um den Börsengang im Juli 2011 rund drei Milliarden Euro an 80.000 Anleger veräußert. Nicht immer wurde auf Risiken hingewiesen.
   Quelle: derStandard.at
9. **Welche führenden Banker für die Trennung sind**
   Nachfolgend eine Auflistung führender Banker und wichtiger Branchenvertreter, die die vollständige Trennung des normalen Bankgeschäfts vom Investmentbanking fordern. Einige davon, darunter der frühere CEO der Citigroup, Sandy Weill, haben ihren einstigen Widerstand aufgegeben, was die Financial Times als „epic conversion“ bezeichnete (zu Deutsch etwa: gewaltiger Sinneswandel). Damit folgen sie dem Tenor der allgemeinen Forderung nach einer grundsätzlichen Strukturreform, die über die Volcker-Regel in den USA und die britischen Vickers-Vorschläge hinausgeht.

Quelle: Finance Watch

10. **Frühstart lohnt**
Viele Verbraucher schieben den Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung, Pflegeversicherung oder anderer Policen immer wieder auf, weil sie derzeit nicht das Geld haben oder die Lust und Zeit, sich mit dem Thema zu befassen. Keine gute Strategie: „Wer zu lange wartet, gefährdet seinen Schutz und verschenkt Geld“, sagt Versicherungsexperte Oliver Mest.
Quelle: Ihre Vorsorge

Anmerkung MB: *Ein Interview mit dem Versicherungsexperten Oliver Mest. Aha. Unten sehen wir „Autor: Oliver Mest. Na gut, wenn ein Ministerpräsident Interviews mit sich selbst führen kann, dann kann das in Prinzip jeder Versicherungsexperte tun – oder jeder, der einer werden möchte.*
Sowohl vom „unabhängigen Altersvorsorgeberater“ Ihre Vorsorge, einer Initiative der Regionalträger der Rentenversicherungsträger & Co. als auch von Oliver Mest (bitte Werbefensterchen beachten) könnte man behaupten, dass sie als unabhängige Beratung getarnte PR für kommerzielle Altersvorsorge und andere Versicherungsprodukte betreiben. Kann man muss man aber nicht. Machen Sie sich ein eigenes Bild. Die NachDenkSeiten hatten bereits mit beiden gewisse Erfahrungen.

11. **10 Jahre Hartz. Eine Bilanz**
… Nach und nach wurden die meisten der Hartz-Regelungen wieder abgeschafft – weil sie verfassungswidrig waren oder schlicht gefloppt sind. Zehn Jahre später ist mit „Hartz IV“ nur noch ein Modul des Hartz-Reformpaketes übrig. Die Hartz-Reform ist nicht nur in ganzer Linie gescheitert, sondern hat zur „Amerikanisierung“ des deutschen Arbeitsmarktes und zur tiefen Spaltung dieser Gesellschaft beigetragen…
Dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen steht damit eine Zunahme dessen gegenüber, was mit Blick auf amerikanische Verhältnisse gemeinhin „Working Poor“ genannt wird. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist demnach zu einem erheblichen Teil mit der Ausweitung von Arbeitsverhältnissen erkauft worden, die nicht einmal vor Armut schützen können…
Zehn Jahre den Hartz-Vorschlägen haben wir in Deutschland einen zweigeteilten Arbeitsmarkt und sind auf dem Weg in einen Vier-Klassen-Arbeitsmarkt: Von den rund drei
Millionen Arbeitslosen befinden sich nur etwa 30 Prozent im Bezug des

Arbeitslosengeld I, während 70 Prozent, über zwei Millionen Arbeitslose, in Hartz IV festsitzen. Fast 800.000 davon Langzeitarbeitslose. Während beim Arbeitslosengeld I eine rege Vermittlungstätigkeit vorhanden ist, und die Bundesregierung nicht müde wird, ihre arbeitsmarktpolitischen Erfolge zu feiern, bewegt sich bei Hartz IV so gut wie nichts.
Quelle: Der Paritätische [PDF – 42,5 KB]

Sieh dagegen: Hartz-Reform, Auslöser des deutschen Jobwunders
Mit den Hartz-Reformen wurden 2002 die Weichen für das deutsche Job-Wunder gestellt. Peter Hartz kreierte jede Menge neue Arbeitsmarktinstrumente. Entscheidend aber waren die Leistungskürzungen.
Quelle: Welt Online

Anmerkung: *Lesen Sie mal die Leserkommentare. Statt eines eigenen Kommentars:*
„Und dann war da noch Dorothea Siems“.

12. **80 Percent of Public Schools Have Contracts With Coke or Pepsi**
In 2005, according to one survey [3], nearly half of all public elementary schools and about 80 percent of public high schools operated under pouring rights contracts. It’s clear what the schools get for their trouble. It’s no wonder that schools turn to selling junky snack food and cutting deals with sugary soda makers to augment stingy school-lunch budgets. As of 2011, we were spending more than twice as much on air conditioning for troops in Afghanistan than we do on feeding public school kids. [4] The soda deals subsidize other aspects of schooling, too. Here’s how the Rockford Register Star [5]describes a contract between the Rockford, Illinois school district and Coca-Cola:..
Under the existing 10-year contract, Coca-Cola paid the district $4 million upfront and an additional $350,000 a year to sell its beverages in schools. The annual payments have funded field trips, gym uniforms, SMART Boards and other frills that individual school budgets may not otherwise have afforded.
According to the Robert Wood Johnson Foundation [10], obesity rates among children ages 6 to 11 have quadrupled over the past four decades, and nearly a third of children and adolescentsmore than 23 million kids and teenagersare obese or overweight.
The latest research on junk food in schools suggests an axiom that I might have hoped would be obvious: It makes no sense to transform public schools into a vehicle for marketing junk food to kids. In 2010, President Obama signed a law requiring the USDA to come up with national standards for snack foods

and beverages sold in schools. The agency has yet to complete that task.
Quelle: Mother Jones

Anmerkung GL: *In den USA haben 80 Prozent der Öffentlichen Schulen Ausschankverträge mit Coca Cola oder Pepsi Cola abgeschlossen, die diesen Firmen das exklusive Recht geben, alle Getränke an der Schule anzubieten und überall in der Schule Werbung für ihre süßen Dick- und Krankmacher anbringen.*

13. **Schnäppchen im schwarzen Filz**
Neu ist nur die Brezel. Alles andere ist alt. OB-Kandidat Sebastian Turner, nach eigenem Bekunden unabhängig und parteilos, bedient sich ungeniert der schwarzen Seilschaften. Immobilienfirmen, Sparkassenverband, Stadtmöblierer – für alle ein Schnäppchen. Der Unterschied ist nur, dass dies früher unbemerkt geblieben wäre. Heute wird genauer hingeschaut, und dieser Blick offenbart eines: Turner und seine Truppe glauben, sie könnten weitermachen wie bisher. Ein Irrtum.
Quelle: Kontext
14. **Bolognaprozess: „Die Studienreform braucht dringend eine Kurskorrektur“**
Schneller und internationaler sollte es sein, das Studium, welches vor zwölf Jahren europaweit mit der „Bologna-Reform“ eingeführt wurde. Doch die guten Ziele wurden durch „die miserable Umsetzung“ geradezu ins Gegenteil verkehrt, sagt DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl im Interview.
Die Bilanz der Bologna-Reform ist ernüchternd. Deutschland hat die guten Ziele dieser Studienreform durch die miserable Umsetzung geradezu ins Gegenteil verkehrt. Überfrachtete Stundenpläne und teils sogar gestiegene Abbrecherquoten sind Alltag an den Hochschulen. Dazu kommen hohe Hürden für das Masterstudium und auf dem Weg ins Ausland. Alle Beteiligten müssen ehrlich zugeben, dass der Bologna-Prozess schlecht läuft in Deutschland. Wir brauchen dringend eine Kurskorrektur…
Die Hochschulen sind noch immer chronisch unterfinanziert. Viele Studiengänge für Bachelor und Master sind längst nicht entrümpelt. Der Wechsel ins Ausland wurde nicht erleichtert und sogar innerhalb von Deutschland wird er durch tausende von Studienmodulen erschwert…
Viele Fehler bei der Umstellung auf Bachelor und Master haben die Hochschulen selbst gemacht. Sie sind für das verschulte Studium, die überbordende Prüfungslast und die vermurkste Einführung des Turbo-

Bachelors oft direkt verantwortlich. Etwas mehr Selbstkritik der Hochschulrektoren wäre schon angebracht.
Quelle: DGB

15. **GEW: „Schavan muss Bologna-Gipfel einberufen“**
Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) aufgefordert, umgehend eine nationale Bologna-Konferenz einzuberufen. „Bund und Länder, Hochschulen und Studierende, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich jetzt auf einen Kurswechsel im Bologna-Prozess verständigen, um der Studienreform zum Erfolg zu verhelfen“, erklärte das für Hochschulen verantwortliche GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller am Mittwoch in Frankfurt a.M. Es sei nicht zu verstehen, dass die für den 9. Oktober geplante Bologna-Konferenz abgesagt worden ist. „Die Mängel der Bologna-Reformen dürfen nicht unter den Tisch gekehrt, sondern müssen schonungslos analysiert werden“, sagte er mit Blick auf die scharfe Kritik des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Horst Hippler.
Die HRK rief Keller auf, sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Studienreform zu stehlen. „Der Bologna-Prozess war von Anfang an auch ein Projekt der Hochschulen. Nie war der Gestaltungsspielraum der Hochschulen größer als heute. Sie müssen ihn jetzt nutzen, um die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen spürbar zu verbessern“, mahnte der GEW-Hochschulexperte.
Quelle: GEW

Dazu: Hochschulrektoren: Zahlen und Argumente zur Umsetzung der Studienreform
Quelle: HRK [PDF – 212 KB]

Anmerkung WL: *Siehe dazu nochmals ein Rückblick auf die letzte „Nationale Bologna-Konferenz“.*

16. **Wirtschaftslobby kürt Sachsen zum Bildungssieger**
Seit 2004 gibt auch die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Jahr für Jahr eine Studie mit dem Titel „Bildungsmonitor“ heraus. Die Lobby-Organisation wird von den Arbeitgeberverbänden sowie der Metall- und Elektroindustrie bezahlt. Ökonomen vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln untersuchen in ihrem Auftrag, welches Bundesland das „leistungsfähigste Bildungssystem“ hat. Es geht weniger um Pädagogik als vielmehr um Bildungsökonomie: Wo werden Kinder, Schüler und Studenten am effizientesten auf die Arbeitswelt

vorbereitet? Wo werden „Wachstumskräfte gestärkt“, wie es heißt?
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung WL: *Das einzig neue ist, dass der Spiegel bei der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) von einer „Wirtschaftslobby“ spricht. Um nichts anderes als um Lobbyismus geht es auch in dieser Studie.*

17. **Bild: Stimmungsmache gegen Ökostrom-Förderung**
[…] Die vorletzte Frage an Günther Oettinger (CDU) lautet: „Was sagen Sie als Energie-Kommissar zu den ständig steigenden Strompreisen in Deutschland? […]Kleiner Blick zurück: Im Jahr 2000 betrug der durchschnittliche Haushaltsstrompreis knapp 14 Cent. Zur Finanzierung der Erneuerbaren wurden damals 0,2 Cent Umlage erhoben. Heute kostet Haushaltsstrom durchschnittlich 26 Cent, die EEG-Umlage stieg auf 3,592, Cent pro Kilowattstunde. Neben der Umlage gab es also viele weitere Faktoren, die den Endpreis für Privatkunden um 8,408 Cent in die Höhe trieben: gestiegene Ausgaben für fossile Brennstoffe etwa, die Renditen der Stromkonzerne, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder die Kosten des Netzausbaus.
Aber solch komplexe Sachverhalte sind dem kleinen Mann natürlich nicht zumutbar, weshalb Bild diese auch nicht erörtert.
Quelle: Der Klima-Lügendetektor
18. **Das Letzte: Clement will fitte Deutsche bis 80 arbeiten lassen**
Clement sagte: „Wir können nicht bei der Rente mit 65 oder der Rente mit 67 verharren, das greift zu knapp.“ Wer wolle und es könne, solle bis zum 75. oder 80. Lebensjahr arbeiten, verlangte Clement.
Quelle: Welt Online

Anmerkung WL: *Der 72-jährige neue Kuratoriumsvorsitzende der Arbeitgeber-Propaganda-Agentur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) ist sozusagen das lebende Beispiel, was herauskommt, wenn man die Altersgrenze noch weiter anhebt. Clement hat zwar schon vor Erreichen der Altersgrenze mit Hartz, mit dem Niedriglohnsektor, mit der Rente mit 67 viel Schlimmes über die Deutschen gebracht, was wird er uns erst noch mit 80 Jahren bieten? – Ein wirkliches Schreckensszenario.*
Es ist das typische Geschwätz von Großmannssüchtigen, die abgehalftert wurden, und die auf Grund ihrer Bekanntheit und zum Dank für ihre „treuen Dienste“ von den von ihnen Begünstigten als Lobbyisten ein Gnadenbrot erhalten. In solchen Posten, die Clement zugeschanzt wurden, kann man es locker bis ins Alter von 80 Jahren aushalten, man muss ja immer nur

nachplappern, was die Brötchengeber vorsagen. In wessen Diensten der Ruheständler steht können Sie hier nochmals nachlesen.